

Allianz verliert Geld in Norwegen - Versicherer: Konsortium bekommt seit Jahresbeginn 90 Prozent weniger Durchleitungsgebühren für Pipeline-Netz Gassled / Prozess vor Berufungsgericht gestartet

Der Streit zwischen einem internationalem Konsortium, dem die Allianz angehört, und dem norwegischen Staat spitzt sich zu. Norwegen hat Ende 2016 die Durchleitungsgebühren für das Pipeline-Netz Gassled um 90 Prozent gesenkt, bestätigte eine Sprecherin des Versicherers gegenüber der Wirtschaftszeitung „Euro am Sonntag“ (Erscheinungstag 11. Februar). Die Regierung hatte dies bereits 2014 angekündigt, worauf das Konsortium vor das Bezirksgericht Oslo gezogen und unterlegen war. Damals war die Rede von Forderungen gegenüber dem norwegischen Staat im Volumen von etwa 34 Milliarden Kronen (knapp 4 Milliarden Euro).

Wie die Allianz-Sprecherin weiter mitteilte, hat Anfang Februar die Berufungsverhandlung vor einem Revisionsgericht in Oslo begonnen. „Es ist unsere Absicht, unsere Interessen tatkräftig zu verteidigen“, sagte die Sprecherin. Details zu den geforderten Summen nannte sie mit Hinweis auf das laufende Verfahren nicht.

Die Gruppe aus Allianz, der Schweizer Großbank UBS, dem Staatsfonds von Abu Dhabi und einer kanadischen Pensionskasse hatte sich 2011 an Gassled beteiligt. Die Vorgänge in Norwegen sind für die gesamte Versicherungsbranche bedeutsam, weil sie die Rechtssicherheit derartiger Projekte in Frage stellen. Gerade die Lebensversicherer wollen immer stärker in Infrastruktur investieren, um dies als zusätzliche Renditequelle zu nutzen.

Pressekontakt:

Martin Reim

Telefon: +49 (0) 89 2 72 64 - 351

Fax: +49 (0) 89 2 72 64 - 189

E-Mail: martin.reim@finanzenverlag.de

Unternehmen

Finanzen Verlag GmbH

Bayerstraße 71-73

80335 München

Internet: www.finanzen.net